67. Jahrgang Nr. 282

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Dienstag, 24. Juni 1919

Vertagung der Nationalversammlung.

Wiederzusammentritt am 1. Juli. — Die noch ungeklärte Frage der Unterzeichnung.

Weimar, 24. Juni. (Privat.)

Die Nationalversammlung trat heute vormittag um 10 Uhr zusammen, um zunächst 13 kleine unwesentliche Anfragen zu erledigen. Alsdann nahm man in allen drei Lesungen die Landesrahmenkassenvorlage an. Nach einstündiger Sitzung vertagte sich das Haus auf Dienstag, den 1. Juli, um dann die zweite Lesung der Verfassungsvorlage vorzunehmen.

*

Das Reichskabinett trat heute vormittag zusammen, um die Frage der Entsendung einer Kommission nach Versailles zur Durchführung des Friedensvertrages zu besprechen. Ferner sollte die Frage der Unterzeichnung geklärt werden. Ein bestimmter Beschluß liegt zur Stunde nicht vor.

*

Die Deutschnationale Volkspartei hat in der Nationalversammlung den Antrag eingebracht, wonach der 22. Juni, der Tag der Zustimmung zur bedingungslosen Unterzeichnung des Friedens zum Nationaltrauertag bestimmt werden soll.

Die Reichswehr und der Gewaltfrieden.

Verhandlungen mit Noske.

Die T. U. N. schreiben: „Heute nachmittag findet eine Unterredung des Generals v. Lüttwitz mit dem Reichswehrminister statt, in der die aus der bedingungslosen Unterzeichnung des Friedensvertrages resultierenden militärischen Probleme einer Klärung zugeführt werden sollen. Es ist selbstverständlich, daß von dem Ausfall dieser Besprechung nicht die Haltung der Reichswehr oder des Generals v. Lüttwitz im besonderen abhängt, dessen Kundgebung von heute früh als grundsätzlich aufzufassen ist."

*

General Gröner hat sich dafür eingesetzt, daß die höheren Offiziere, die mit dem Rücktritt von ihrem Posten wegen der Auslieferungsfrage drohten, weiter auf ihren Dienststellen ausharren.

Die Ausführung des Friedensvertrages.

Erst nach Ratifikation.

An zuständiger Stelle in Berlin ist man der Auffassung, daß die Ausführung des Friedensvertrages erst mit seiner Ratifizierung beginnt, was für die Räumung der abzutretenden Gebiete und für die vorläufige Gestaltung der Verwaltung von großer Bedeutung ist.

Fälschung des Montagsbeschlusses der Nationalversammlung durch das W. T. B.

Das W. T. B. hat über die gestrige Sitzung der Nationalversammlung die Meldung verbreitet, daß Ministerpräsident Bauer dem Hause den Vorschlag des ganzen Kabinetts unterbreitete, bedingungslos zu unterzeichnen. Das Haus hätte sich diesem Vorschlag in einfacher Abstimmung mit großer Mehrheit angeschlossen. Demgegenüber sei nochmals darauf hingewiesen, daß, wie unser Weimarer Vertreter meldet, die Nationalversammlung am Montag lediglich der Auffassung des Präsidenten zugestimmt hat, daß die Ermächtigung zur bedingungslosen Unterzeichnung des Friedensvertrages bereits durch die Abstimmung am Sonntag gegeben war.

Der Fehdehandschuh.

Die Reaktionäre rüsten sich.

Die Entscheidung der Nationalversammlung und der Regierung in der Friedensfrage ist für die gesamte Reaktion das Zeichen zur Auflehnung gegen die Männer geworden, die die Bürde auf sich genommen haben, dem schwergeprüften Volke den Abschluß des Friedens zu sichern. Die alldeutsche und schwerindustrielle Presse spart nicht mit Schimpfworten und Rachedrohungen, und eben kommen auch die Fraktionen der beiden Schreier- und Bankerotteurparteien mit Erklärungen heraus. Die Deutschnationale Volkspartei rüstet sich anscheinend zu einer Schwerstarbeit. Sie sagt in einer in den rechtsstehenden Blättern veröffentlichten Erklärung „der Regierung die schärfste Fehde mit allen parlamentarischen und sonstigen verfassungsmäßigen Mitteln" an. Dann heißt es:

„Sobald die Unterzeichnung erfolgt sein wird, soll der Parteitag, der leider unter den bisherigen Verhältnissen wiederholt verschoben werden mußte, zusammenberufen werden, um eine machtvolle Protestkundgebung gegen den Friedensschluß zu veranstalten und die Richtlinien für die weitere Opposition der Partei festzulegen."

Aehnlich klingt es aus dem Appell der Deutschen Volkspartei „An das deutsche Volk". Die Reaktion wirft den Fehdehandschuh hin. Die Parteien der Demokratie müssen ihn aufnehmen und die geplanten „machtvollen Protestkundgebungen" mit einem allgemeinen Aufklärungsfeldzuge im ganzen Lande beantworten. Das Volk soll dann sehen, wo diejenigen sitzen, die die bittere Suppe einbrocken halfen, die es jetzt auszulöffeln gilt.

Was General v. Deimling sagt.

Zur Gegenfrage zu den Militärs, die da meinen, daß an dem „Ehrenpunkt" des Entstehungsvertrages der Friede für das deutsche Volk scheitern müsse, meint der bekannte General v. Deimling im „Badener Tagblatt", daß wir unbedingt den Kriegszustand los werden und darum Ja sagen müßten. Ueber den strittigen Punkt bemerkt er:

„Nun wird vielfach eingewendet, daß es schmachvoll sei, diesen Frieden zu unterzeichnen. Ich bin der Meinung, daß die Wahrung unserer Ehre nicht dadurch erreicht wird, daß wir uns jetzt vollends von den ins Land einmarschierenden Feinden totmachen lassen, sondern dadurch, daß wir uns wieder mit aller Kraft emporzuarbeiten suchen, daß wir der Welt durch die Tat beweisen, daß wir noch immer das tüchtige deutsche Volk sind, das die andaren dringend zum eigenen Gedeihen brauchen. In dieser Tat besteht die wahre nationale Ehre, nicht aber in heroischen Gesten und Phrasen. Deshalb laßt es endlich Frieden werden."

*

Wir lesen in der „Deutschen Tageszeitung":

„Eine Reihe von Offizieren der jetzigen Reichswehr ist, wie in einem Telegramm an Noske gesagt wird, bereit, mit ihren Leibern Ludendorff vor der Auslieferung zu schützen."

Hat Herr Noske sofort alles getan, um die „Reihe der Offiziere" aus der „jetzigen Reichswehr" zu entfernen?

Die preußische Ministerkrise.

Die Krise im preußischen Ministerium ist noch immer nicht gelöst. Wie die „Politisch-Parlamentarischen Nachr." hören, ist es sehr wahrscheinlich, daß sich unter den ausscheidenden Ministern in erster Linie der Innenminister Wolfgang Heine befinden wird. Als Grund für die Rücktrittsabsicht wird angegeben, daß Heine sich gelegentlich seiner Ostreise auf die Ablehnung des Friedensvertrages festgelegt habe und nun die Konsequenzen ziehen müsse.

Die Fehler und Unterlassungsünden des Ministers Heine haben bereits soviel Schmerzen verursacht, daß es uns unmöglich wäre, ihm auch nur noch eine einzige Träne nachzuweinen.

Politische Nachrichten.

In der gestrigen, unter dem Vorsitz des Reichsministers der Finanzen Erzberger abgehaltenen Sitzung des Steuerausschusses wurde dem von der deutschen Nationalversammlung beschlossenen Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes gegen die Steuerflucht vom 26. Juli 1918 die Zustimmung erteilt.

Die Deutsche demokratische Partei in Steglitz forderte, nach einem Vortrage von Dr. Paul Michaelis über die politische Lage, die sofortige Einberufung des demokratischen Parteitages.

Wie das Zentralsekretariat der Kommunistischen Partei in der „Freiheit" mitteilt, ist der aus den Unruhetagen bekannte kommunistische „Rote Soldatenbund" aufgelöst worden.

Die gewerkschaftlichen Einigungsbestrebungen haben auch in der Eisenbahnbeamtenschaft den Zusammenschluß aller deutschen Eisenbahnbeamtengewerkschaften zu einem Kartell der Eisenbahnbeamtengewerkschaften Deutschlands herbeigeführt. Die Führung der Geschäfte ist dem Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnbeamten übertragen worden, der seinen Sitz in Berlin W 35, Steglitzer Straße 9, hat. Das Kartell umfaßt rund 300 000 Eisenbahnbeamte, Hilfsbeamte und Anwärter, wovon allein auf den Gewerkschaftsbund über 215 000 Mitglieder entfallen, die wiederum in einzelnen Fachverbänden organisiert sind.

Der Prozeß gegen die Mörder Klübers. Vor dem Schwurgericht in Halle begann am Montag die Verhandlung gegen eine Anzahl von Personen die an der Ermordung des Oberleutnants Klüber beteiligt waren. Angeklagt sind: der Militärarbeiter Otto Bauer aus Halle vorbestraft, Mechaniker Erich T[illegible]e, Geschirrführer Kurt Kritz aus Halle, vorbestraft, der früh[illegible] Rudolf Richter Schauspieler Heinrich Gierhold, Schlosser Max Jungmann, Arbeiter Otto Musculus, Heizungsmonteur Max Rudell, Soldat Stephan Thaler, Soldat Oskar Suhle, Maurer Max Kelz aus Halle. Für die Durchführung der Verhandlung, die

---

Verzögerung der Unterzeichnung?

Die fehlenden Bevollmächtigten.

Paris, 28. Juni, 7 Uhr abends. (Reuter.)

Es ist jetzt sehr zweifelhaft, ob der Friedensvertrag schon am Mittwoch unterzeichnet werden kann, da weder die Deutschen noch die Italiener ihre Bevollmächtigten ernannt haben. Außerdem muß der Vertrag auf Pergament gedruckt werden. Es wird auch notwendig sein, die Beglaubigungsschreiben der Hunderte von Bevollmächtigten, die ihn zu unterschreiben haben, zu prüfen.

Der abgebrochene Vormarsch.

Die Freudenfeuer der Ententetruppen.

Frankfurt a. M., 24. Juni. (T. U.)

Um 5 Uhr besetzten französische Patrouillen den Frankfurter Vorort Rödelheim. Diesen Patrouillen folgten kurz nach 6 Uhr große Infanteriemassen, Tanzgeschwader, Automobilkolonnen, Bagagezüge und Panzerautos. Mit dem Glockenschlag 7 Uhr begann sodann der Vormarsch der Franzosen auf Frankfurt a. M. Als sie den Stadtteil Bockenheim erreicht hatten, erhielten die Truppen die Mitteilung, daß Foch den Rückmarsch befohlen habe. Die Franzosen zogen sich darauf über Hausen aus dem Frankfurter Stadtgebiet zurück. Im Vorort Praunheim hatte französische Kavallerie bereits den Kriegszustand proklamiert, den Bewohnern befohlen, die Fenster zu schließen und sich von den Straßen zu entfernen. In Rödelheim setzte um 7 Uhr 30 Min. zur Begrüßung des Friedens Salutschießen und Musik ein. Von Frankfurt aus kann man den ganzen Abend über auf den Höhen des Taunus die Freudenfeuer der Franzosen und farbige Luftraketen aufschießen sehen.

„Ruhige" Aufnahme in London.

Amsterdam, 24. Juni.

Reuter meldet aus London: Die Nachricht, daß die Deutschen angeschwimmt haben, zu unterzeichnen, wurde in London ruhig aufgenommen. Es wurden keine Kundgebungen veranstaltet wie beim Waffenstillstand.

Die Tat von Scapa Flow.

Konteradmiral Reuter vor ein Kriegsgericht gestellt.

Amsterdam, 24. Juni.

Dem „Telegraaf" zufolge melden die „Times", daß Konteradmiral v. Reuter wegen Verletzung der Bestimmung des Waffenstillstandes betreffs der internierten deutschen Schiffe vor ein Kriegsgericht gestellt werden wird. Der alliierte Rat in Paris wird den Termin für den Prozeß festsetzen. Aus näheren Mitteilungen geht hervor, daß die Deutschen für die Versenkung der Schiffe den Augenblick wählten, wo eine große Zahl britischer Kriegsschiffe zu Uebungen in See gegangen war.

Etwa 1800 deutsche Offiziere und Mannschaften befinden sich im Zusammenhang mit der Versenkung der deutschen Flotte auf dem Wege zu einem Internierungsorte.

Frankreich verlangt Schadenersatz.

Paris, 24. Juni. (Havas.)

Die Budgetkommission der Kammer ordnete einen Ausschuß zum Ministerpräsidenten ab, um ihn zu fragen, ob die Regierung augenblicklich Auskunft geben könne, unter welchen Bedingungen die deutsche Flotte versenkt wurde und welche Maßnahmen die Regierung zu treffen gedenkt, um Frankreich vor dem Schaden zu schützen, der ihm durch die Zerstörung der Flotte entstehen könne, von der ein Teil Frankreich zufallen sollte.

Deutsch-Oesterreich und der Völkerbund.

Note des Staatskanzlers Dr. Renner.

St. Germain, 23. Juni.

Staatskanzler Dr. Renner hat dem Präsidenten der Friedenskonferenz eine Note überreicht, in der er die Aufnahme Deutsch-Oesterreichs in den Völkerbund beantragt. Er hat darin ausgeführt, daß Deutschösterreich zu einem Völkerbunde kein Vertrauen haben kann, dem die sämtlichen kriegführenden Nachbarstaaten, die noch Anspruch auf sein sowieso geringes Staatsgebiet machen, als ursprüngliche Mitglieder angehörten. Dabei seien wegen der Handhabung des alten österreichisch-ungarischen Staates wichtige Fragen zu erledigen, die volles Vertrauen aller Beteiligten zu dem Unparteiischen voraussetzten.

Die Franzosen im Westen — Die Tschechen im Osten.

Prag, 23. Juni.

„Cesko Slovo" veröffentlicht eine Aeußerung des tschechoslowakischen Ministers des Aeußern Benesch, über die zukünftige tschechoslowakische Politik, welche einer fest ausgebauten nationalen Verteidigung bedürfe, um in Mitteleuropa ein neues politisches System zu errichten, mit dessen Hilfe die kleinen Völker sich wachsselseitig ihren Bestand und ihre Entfaltung sichern könnten. Die Tschechen würden sich zu diesem Zweck mit Polen, Rumänien und Südslawien vereinigen und im Osten Deutschlands die Rolle spielen müssen, die Frankreich im Westen spiele.

Ausschreitungen in Hamburg.

Hamburg, 24. Juni.

Am gestrigen Nachmittag stürmte eine große Menschenmenge die Fleischkonservenfabrik Jakob Heil, wo ekelerregende Kadaver von Hunden, Katzen usw., verarbeitet wurden. Die Menge bemächtigte sich des Fabrikanten, mißhandelte ihn schwer und warf ihn dann in die Alster. Nachdem sich Heil durch Schwimmen gerettet hatte, wurde er aufs neue schwer mißhandelt und flüchtete dann in das Rathaus, das die Menge zu stürmen versuchte. Die Sicherheitsmannschaften gaben schließlich blinde Schüsse ab. Nachdem von berufener Seite die Versicherung abgegeben worden war, daß gegen Heil die erforderlichen Schritte erfolgen würden, beruhigte und zerstreute sich die Menge.

Mannheim, 24. Juni.

Gestern abend kam es hier gelegentlich des Abrückens der Freiwilligentruppen wieder zu größeren Ausschreitungen. Zwei Personen wurden getötet.

Kassel, 23. Juni.

Auf Anordnung des Korpskommandeurs wurde der Fernsprechverkehr verboten. Es ist Truppenverstärkung aus Marburg, Münster und Brandenburg eingetroffen.

Entseuchte Milchkühe. Den Landwirten Bouquet in Karve, Fließner in Rethkamp, Hennings in Pohl, Kreis Plön, wurden laut „Hamburger Echo" zusammen fünf Milchkühe, dem Landwirt Hans Reimers in Hennstedt, Kreis Norderdithmarschen, zwei Milchkühe wegen ungenügender Milchablieferung enteignet. Mit dieser Methode dürfte unter Umständen mehr zu erreichen sein als mit Ermahnungen an die vaterländische Einsicht.